

*Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 70
Telefax 032 627 22 75
kanzlei@sk.so.ch
www.so.ch*

Medienmitteilung

JA zur Änderung des Asylgesetzes und Teilrevision des Bundesgesetzes über Ausländer

Solothurn, 31. März 2009 - Der Regierungsrat unterstützt in seiner Vernehmlassungsantwort an das Bundesamt für Migration die Absicht des Bundes, das Asylgesetz abzuändern. Mit einem Bündel von Massnahmen soll das Gesetz griffiger werden. Weiter unterstützt er die Absicht des Bundes, der „Ausschaffungsinitiative“ einen indirekten Gegenvorschlag gegenüberzustellen.

In seiner Vernehmlassung unterstützt der Regierungsrat den Vorschlag, das Asylgesetz in einigen Punkten abzuändern, die bisher zu wenig klar gefasst waren. Es geht um Themen wie Dienstverweigerer und Deserteure, Asylgesuche aus dem Ausland, mehrfach gestellte Asylgesuche usw., aber auch um administrative Massnahmen wie eine bessere Datenerhebung.

Der Bund beabsichtigt, der "Ausschaffungsinitiative" ein indirekter Gegenvorschlag gegenüberzustellen. Mit einer Änderung des Bundesgesetzes über die Ausländerinnen und Ausländer soll das gleiche Ziel auf einem andern Weg erreicht werden.

Der Regierungsrat teilt die Bedenken des Bundesrates im Hinblick auf die Umsetzung im Falle der Annahme der Initiative.

Er unterstützt deshalb die Änderung des Bundesgesetzes über die Ausländerinnen und Ausländer, die die politischen Anliegen der Volksinitiative in Form einer Teilrevision des geltenden Rechts umsetzt.

Weitere Auskünfte erteilt:

Rudolf Tschachtli, Chef Amt für öffentliche Sicherheit, 032 627 28 24